

Lühner Anzeiger

Telephon: Amt Lahn Nr. 24.

Lokalblatt für Lahn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Rahbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Rahbach).

Ausgabestelle und Inseraten-Aannahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 55 in Lahn und in der Buchdruckerlei von Franz Beuchel in Schönau (Rahbach).

Die Ausgabe

erfolgt wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnements 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mk.

Amtliches Publikations-Organ

der Städt. Behörden und des königlichen Amtsgerichts.

Inserationspreis

für Lahn und Umgegend 10 Pf. für die 1spaltige Petitzeile oder deren Raum, für auswärtige Inserate 12 Pf. pro Zeile. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 18.

Lahn, Donnerstag, den 10. Februar 1910.

7. Jahrgang

Tages-Nachrichten.

Der Kaiser besuchte am Montag den Reichskanzler und nahm sodann im Berliner Schloß den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts von Valentini entgegen. — Am Dienstag besuchte der Kaiser das Auswärtige Amt und nahm sodann im Berliner Schloß den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts Generals d. J. v. Sponner entgegen.

Berlin. Zu einem Herrendiner, das der Kronprinz gab und an dem Träger hocharistokratischer Namen, hohe Offiziere, Hofbeamte und einige Politiker teilnahmen, war auch der Direktor des Deutschen Theaters in Berlin Prof. Max Reinhardt zugezogen, in dessen Schauspielhäusern der Kronprinz ein häufiger Gast ist.

Berlin. Der Besuch des Prinzen Heinrich von Preußen, des Bruders unseres Kaisers, in England soll bereits in 14 Tagen stattfinden. Prinz Heinrich wird in der Zeit, während deren er Gast des Königs Edward ist, auch mit zahlreichen hervorragenden Persönlichkeiten Englands in Berührung kommen. Der Besuch wird als wichtiges Glied in der Kette der Bemühungen zugunsten der deutsch-englischen Annäherung aufgefaßt.

Berlin. Das Finanzjubiläum der Städte wird durch den Antrag des Berliner Magistrats, die Kommunalsteuer von 100 auf 105 Prozent und die Gewerbesteuer auf 155 Prozent zu erhöhen, grell beleuchtet. Der neue reichshauptstädtische Etat balanciert mit der gewaltigen Summe von 300 Mill. Mk., und es war nicht möglich, mit dem bisherigen Einkommensteuereinzugs von 100 Prozent auszukommen. Da die Regierung ein Aufsichtrecht über den Etat der Städte gewinnt, wenn diese mehr als 100 Prozent Gemeindesteuer erheben, so fragt es sich, ob die Stadtverordneten den Antrag des Magistrats annehmen werden. Nur einmal im Jahre 1894/95, und zwar auch nur während des ersten Halbjahres, erhob Berlin 105 Prozent Kommunalsteuern, jahrelang konnte es sich mit 70 und mit 85 Prozent begnügen. Ein Antrag des Magistrats im Jahre 1905, die Gemeindesteuer auf 105 Prozent zu erhöhen, wurde damals von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

Berlin. Theodor Roosevelt, Amerikas früherer Präsident, der am 29. April in Berlin eintrifft, wird vom Kaiser mit hohen Ehren empfangen werden. Wenn von einer Seite gesagt worden war, Roosevelt werde sogar mit allen Ehren, die einem regierenden Souverän zukommen, empfangen werden, so ist das natürlich unzutreffend. Der Ex-Präsident ist heute ein einfacher Privatmann, der allerdings hohe Verdienste um Deutschland hat, die ihm einen herzlichen Empfang sichern.

Berlin. Die preussische Wahlrechtsvorlage, deren Beratung im Abgeordnetenhaus am Donnerstag beginnt, nachdem sie an den beiden Sitzungsfreien Tagen vorher von den Fraktionen eingehend erörtert wurde, bildet den Gegenstand sozialdemokratischer Protestversammlungen, die am Sonntag in Berlin abgehalten werden sollen. Daß es im Anschluß an diese Versammlungen zu Straßendemonstrationen oder doch zu Versuchen zu solchen kommen wird, gilt allgemein als sicher. Die Polizei hat ihre Sicherheitsmaßnahmen getroffen. — Die Haltung der Nationalliberalen zur Wahlrechtsvorlage ist jetzt geklärt. Die Parteileitung tritt für die Einführung des geheimen Wahlrechts ein, für das somit eine starke Mehrheit im preussischen Abgeordnetenhaus vorhanden ist. Wenn es wahr ist, daß das Herrenhaus den Wünschen der Regierung entgegenkommen will, so kann diese das geheime Wahlrecht in Preußen bekommen, wenn es ihr darum zu tun ist. Ohne die Bestimmung der geheimen Wahl fällt die Regierungsvorlage unzweifelhaft. — Bei der ersten Beratung der Wahlrechtsvorlage im Abgeord-

netenhaus am Donnerstag wird laut „Deutscher Tagesztg.“ der Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg das Wort zur Begründung der Vorlage ergreifen und sich u. a. auch ausführlich über die Gründe der Beibehaltung der öffentlichen Wahl auslassen. Der Ministerpräsident wird die Erklärung abgeben, daß die Regierung das Zugeständnis, die geheime Wahl einzuführen, nicht machen kann, und wird an die Parteien die Bitte richten, die Vorlage ohne Vorbehalten zum Wohle des Volkes zu prüfen und sie zu einem glücklichen Abschluß zu führen. — Stimmt das, dann ist die Frage des genannten Blattes im Leitartikel: War es nötig, das gefährliche Experiment zu machen? nur allzu berechtigt. Ohne Konzessionierung der geheimen Stimmabgabe fällt die Wahlrechtsvorlage aller Voraussicht nach. Der Fall der Vorlage könnte aber auf die Stellung des Reichskanzlers und preussischen Ministerpräsidenten nicht ohne Einfluß bleiben. — Das Zentrum, die Freikonservativen und die Freisinnigen haben bereits am vergangenen Dienstag in Fraktionsitzungen ihre Stellungnahme zur Wahlrechtsreform festgelegt. Die übrigen Parteien rufen das am heutigen Mittwoch.

Berlin. Während sich die freisinnigen Kreise mit mehr oder weniger scharfen mündlichen und schriftlichen Protesten gegen die Wahlrechtsvorlage der preussischen Staatsregierung wenden, fühlt sich die Sozialdemokratie zu Demonstrationen tätlicher Art gedrungen. So gab es am vergangenen Sonntag wieder in Breslau, Braunschweig und anderen Orten sozialdemokratische Straßendemonstrationen, während die Befürchtung, daß es auch in Berlin zu sozialdemokratischen Kundgebungen kommen würde, sich als grundlos erwies. Nach dem Verhalten der Parteileitung muß man sich leider noch auf manchen Nudau gefaßt machen. Dabei wissen die Parteiführer so gut wie irgendjemand, daß sie einer freieren Gestaltung des Wahlrechts durch nichts mehr entgegenwirken als durch die Übertragung der Agitation auf die Straße.

Berlin. Das Gesetz über das Handelsabkommen mit Amerika, das der Reichstag am Sonnabend in dreiviertel Stunden in allen drei Lesungen erledigte, ist bereits im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. Im Anschluß daran ist die Bekanntmachung des Reichskanzlers erschienen, nach welcher der Bundesrat beschlossen hat, daß auf die Erzeugnisse der Vereinigten Staaten von Amerika vom heutigen Dienstag ab die in den geltenden Handelsverträgen zugestandenen Zollsätze anzuwenden sind. — Am Montagabend erließ auch Präsident Taft eine Proklamation, welche den deutschen Erzeugnissen die Verzollung nach den Sätzen des amerikanischen Minimaltarifs sichert. Der Handelsverkehr zwischen beiden Ländern wird sich somit bis auf weiteres auf der Grundlage vollziehen, daß sie sich gegenseitig autonom als meistbegünstigt behandeln. — Interessant ist es, daß das Gesetz vom Kaiser auch am Sonnabend, d. 5. d. M., vollzogen wurde.

Berlin. Die große Landwirtschaftswoche begann am Dienstag. Am heutigen Abend traten in Berlin die Vorstände der preussischen Landwirtschaftskammern zu ihrer 26. Konferenz zusammen. Diese Verhandlungen sind vertraulich. — Am Tage darauf beginnt das preussische Landes-Oekonomikollegium seine Beratungen, die sich auf 3 oder 4 Tage ausdehnen werden. Die Erörterungen des Kollegiums sind öffentlich und haben außer den Jahresberichten der Landwirtschaftskammern über Ackerbau, Viehzucht, Wein- und Obstbau, Schulwesen u. dergl. mehr noch folgende Punkte von allgemeinem Interesse zum Gegenstande: Ausbau der landwirtschaftlichen Betriebswissenschaft; Verwendung verbrecherischer und unsocialer Elemente zu landwirtschaftlichen Kulturarbeiten und Regelung dieser Frage im neuen Strafgesetzbuch und im Strafvollziehungsgesetz; das neue Stellenvermittlungsgesetz; Verbesserung der landwirtschaftlichen Statistik; die neue Versicherungsordnung, Regelung der Schlachtviehversicherung, Beseitigung der preussischen Moore etc.

Wien. Kaiser Franz Josef ernannte den Prinzen Carl Friedrich von Preußen, den zweiten Sohn unseres Kaiserpaars, zum Major im Infanterieregiment Nr. 34. Am Geburtstag seines kaiserlichen Vaters wurde der Prinz bekanntlich zum Major in der preussischen Armee befördert.

Stockholm. König Gustav von Schweden, der sich bis dahin vollkommen wohl fühlte, erkrankte plötzlich am vergangenen Sonntag. Sein Leiden machte so rapide Fortschritte, daß schon in der Nacht vom Montag zum Dienstag zu einer Operation des Blinddarmes geschritten werden mußte, die gut verlief. Die Entzündung war schon ziemlich weit vorgeschritten und es war keine Zeit zu verlieren. Die Angehörigen der königlichen Familie, die abends noch sorglos ins Theater gefahren waren, wurden während der Vorstellung durch Boten von der schlimmen Wendung im Befinden des Königs unterrichtet und eilten sofort ins Schloß. Dort waren bereits alle Vorbereitungen zur Operation getroffen, die Professor Berg vollzog und die glücklich verlief. Als der König aus der Narkose erwachte, verfiel er alsbald in einen mehrstündigen stürkenden Schlaf. Die Krankheit ist durch einen Diätfehler entstanden. Der König gab mit voller Ruhe die Erlaubnis zur Operation, die eine Stunde und zehn Minuten dauerte. Der Blinddarm war stark entzündet, aber noch nicht gebrochen. Wäre die Operation auch nur kurze Zeit später erfolgt, dann wäre die Lage wesentlich kritischer gewesen. Am Tage nach der Operation war der Zustand des Patienten befriedigend.

Brüssel. Die Entmündigung der Prinzessin Luise von Belgien wird mit aller Energie betrieben. Wenn auch, wie neuerdings entgegen anders lautenden Meldungen bestimmt versichert wird, der Schwiegerohn der Prinzessin, Herzog Günther von Schleswig-Holstein daran aktiv nicht beteiligt ist, so wird er gegen die Entmündigung doch wahrlich keinen Widerspruch erheben. — Bei der Pfaffenleihe, mit der Prinzessin Luise von Belgien das kapitalträchtige Berlin beglückte, jungierten der Baron Kurt von Bielefeld und der Graf von Saldern-Abhing als Bürgen. In wie hohem Maße beide Herren für eine Bürgschaft qualifiziert waren, geht daraus hervor, daß sie laut „B. Z.“ jetzt alle beide im Konkurs stehen.

Paris. Mit großer Liebenswürdigkeit sind in Frankreich, zumal in Paris, mehrere deutsche Kavallerie- und Artillerieoffiziere aufgenommen worden, die sich zur Befichtigung französischer Reitschulen hatten beurlauben lassen.

Paris. Die französische Regierung plant so umfangreiche Flottenrüstungen, daß der Finanzminister die Deckung der Kosten nur auf dem Wege neuer Steuern in Aussicht stellen kann. Rund 1200 Millionen Mk. werden für die nächsten 10 Jahre gebraucht werden, wenn das dem Ministerrat zur Zeit vorliegende Flottenprogramm ausgeführt werden soll. Es sind also jährlich 120 Millionen zu diesem Ende mehr aufzubringen. Frankreich ist reich, aber trotzdem in den letzten Jahren von ernstem Steuererzogen nicht verschont geblieben, die sich nun noch verstärken werden.

Athen. Ein allgemeiner Amnestieerlaß, der die Offiziere der Marine umfaßt, welche an der Meuterei vom 29. Oktober v. J. teilgenommen haben, ist unterzeichnet worden und wird amtlich bekannt gemacht werden. Die begnadigten Offiziere, die auf drei Jahre Urlaub nach dem Auslande genommen haben, sind entlassen worden und abgereist.